



**Entspannungspolitik
Jetzt!**

Détente Now! - Политика разрядки,
немедленно!

Sehr geehrte Delegierte des Bundesparteitages der SPD,

seit Jahren wächst die Kluft zwischen Zivilgesellschaft und der „etablierten Politik“ in den zwei für die Menschheit existentiellen, internationalen Fragen: Friedenspolitik und Klimapolitik. Beispiel Friedenspolitik:

- Im Dezember 2017 erhielt ICAN den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für ein UN-Atomwaffenverbot.
- Kurz danach stellte ein Gremium aus Wissenschaftlern (darunter 15 Nobelpreisträger) die Weltuntergangsuhr — seither unverändert — auf 2 Minuten vor Mitternacht. Sie begründeten diese Gefahren sowohl mit dem Risiko eines Atomkrieges durch das atomare Wettrüsten als auch dem Risiko „des langsamen“ Weltuntergang durch die Klimakatastrophe.
- Vor genau drei Jahren, am 6.12.2016, veröffentlichte die US-Zeitung „The Nation“ den transatlantischen Appell „neue Entspannungspolitik JETZT“, unterzeichnet von Persönlichkeiten aus Politik und Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantik.
- Der Mitbegründer dieser Initiative, Daniel Ellsberg, wurde im Januar dieses Jahres mit dem Olaf Palme-Friedenspreis ausgezeichnet und wurde kurz danach zur Klausurtagung des SPD-Parteivorstandes eingeladen, wo er nachdrücklich für die Unterstützung des Atomwaffenverbots warb.
- Seit Jahren fordern Friedensbewegung und auch Kirchen „die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu unterzeichnen.“ (Abschlusserklärung der EKD-Synode vom 13.11.2019).
- Papst Franziskus sprach sich vor wenigen Tagen nachdrücklich für das Atomwaffenverbot aus: Papst in Hiroshima: „Schon der Besitz von Atomwaffen ist unmoralisch“ .

Wo war die SPD aktiv in diesen Fragen?

- Das UN-Atomwaffenverbot wurde bis jetzt von 80 Staaten unterzeichnet und von 34 Ländern ratifiziert. Mit mindestens 50 Ratifizierungen wird das Atomwaffenverbot Teil des Völkerrechts – ein Meilenstein der internationalen Bemühungen um nukleare Abrüstung, der schon im kommenden Jahr Realität werden kann, bislang aber keine Unterstützung durch die Bundesregierung bekommt.
- Das Europaparlament, und zahlreiche SPD-Europa-Abgeordnete haben die Abgeordneten-Erklärung von ICAN für ein Atomwaffenverbot unterzeichnet. Insgesamt haben 515 Abgeordnete aus Landtagen, Bundestag und Europaparlament diese Erklärung unterschrieben. Die SPD-Landtagsfraktionen in Bremen, Berlin und Rheinland-Pfalz haben gemeinsam mit anderen Fraktionen Beschlüsse in ihren Landesparlamenten verabschiedet.
- Bisher 64 deutsche Städte, darunter viele von der SPD regiert, haben den ICAN-Appell für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

Wir meinen:

Es ist höchste Zeit für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Sachen Frieden sowie für eine neue Entspannungspolitik im Sinne von Willy Brandt.

Vor rund 40 Jahren war es Willy Brandt, der - kurz nach dem NATO-„Doppelbeschluss“ und angesichts der wachsenden Proteste der Zivilgesellschaft - die deutsche und internationale Friedensbewegung regelmäßig zu Dialog und Zusammenarbeit einlud.

Aber die Partei Willy Brandts hat seit Jahren diesen Austausch vernachlässigt.

Angesichts des Zusammenbruchs der nuklearen Rüstungskontrolle, eines neuen atomaren Wettrüstens und der wachsenden Kriegsgefahr appellieren wir daher an Sie:

Öffnen Sie die SPD für Dialog und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft!

ICAN, IPPNW, die Initiative für Entspannungspolitik JETZT und die vielen Unterstützer aus Kirchen, Gewerkschaften, Wissenschaft appellieren an Sie: "Bauen Sie Brücken zu Dialog und Zusammenarbeit, um diese tiefe Kluft zu beenden und Vertrauen in die Politik wieder herzustellen!"

Unser Vorschlag an Sie als Delegierte des SPD-Bundesparteitags:

- Benennen Sie im Bund und in den Bezirken Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft für die Themenbereiche Friedens- und Klimapolitik.
- Öffnen Sie sich für die Zivilgesellschaft - Teilen Sie uns Ihre Ansprechpartner für Dialog und Zusammenarbeit mit.
- Beziehen Sie bei der programmatischen Erneuerung die Zivilgesellschaft und ihren Sachverstand aktiv ein – durch Dialoge und Mitarbeit in Ihren fachlichen Kommissionen.
- **Setzen Sie sich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft aktiv ein**
 - für den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot,
 - für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland,
 - für die Einhaltung der Rüstungskontrollverträge,
 - und für eine neue Entspannungspolitik - JETZT!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Inga Blum
IPPNW-Vorstandsmitglied



Johannes Mikeska
ICAN-Vorstandsmitglied



Prof. Dr. Peter Brandt
Neue Entspannungspolitik. Jetzt!

Kontakt: IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V., Tel. 030/6980740, kontakt@ipnw.de + ICAN, Tel. 030 / 54908340, Email: office@ican.berlin + Neue Entspannungspolitik. Jetzt!, Tel.: 030 8916800, E-Mail: info@neue-entspannungspolitik.berlin